

Werte Kolleginnen und Kollegen, heute ist es noch Erstaunen. Morgen sollte es jeder in Deutschland und Europa wissen. Mit der Entscheidung zum Ausstieg aus dem subventionierten Steinkohlenbergbau

(Zurufe von der SPD: Wir kommen zum Thema!)

haben wir die Chance, noch mehr Kräfte für den Wandel zu mobilisieren.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir schlagen ein neues Kapitel auf. Eine neue Ära beginnt. Lassen Sie uns das gemeinsam anpacken und gemeinsam die Zukunft gestalten - zum Wohle aller Menschen an Rhein und Ruhr!

(Lang anhaltender Beifall von CDU und FDP)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Meine Damen und Herren, das Wort hat nun Frau Kraft von der SPD-Fraktion.

**Hannelore Kraft** (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bevor ich mich den Ausführungen des Ministerpräsidenten widme, die er offensichtlich dem Ruhrgebietsführer 1990 bis 2005 entnommen hat, bleibe ich erst einmal beim Kohlekompromiss.

(Heiterkeit und Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren, wir begrüßen, dass es endlich eine Einigung bei der Kohle gibt.

(Beifall von der SPD)

Wichtig für die Bewertung dieser Einigung ist es, noch einmal auf die Ausgangslage zurückzublicken. Wie waren die Positionen?

Ich habe immer sehr deutlich gesagt: Sie haben eine Vereinbarung auflösen wollen. Sie als CDU wollten einen Ausstieg aus der Steinkohle 2014 erreichen. Das ist Ihr Beschluss. Dies hätte betriebsbedingte Kündigungen bedeutet, und dies hätte Massenentlassungen bedeutet. Dabei bleiben wir, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall von der SPD)

Die FDP, Herr Kollege Papke, wollte einen Ausstieg aus der Kohle in Deutschland bis 2012. Wenn es keine Einigung gäbe, wollten Sie sogar schon 2010 heraus.

(Beifall von SPD und GRÜNEN - Zuruf von  
Dr. Gerhard Papke [FDP])

- Doch, das könnte ich Ihnen anhand von Interviews nachweisen. - Wir

---

als SPD wollten den Zugang zu den Lagerstätten offen halten. Wir haben das Sockelbergbau genannt.

(Zustimmung von der SPD)

Wir wollten betriebsbedingte Kündigungen vermeiden. Wir wollten echte Sozialverträglichkeit - ohne Auffanggesellschaften.

(Beifall von der SPD)

Und wir wollten immer - ganz klar - einen Börsengang des Konzerns RAG. Wir haben an dieser Stelle nicht gewackelt, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD - Widerspruch von der CDU)

Wie war denn der Verhandlungsstand am 31. Januar, also letzte Woche? Er war wie folgt - das sollten wir noch einmal Revue passieren lassen -: 2018 stand in den Papieren, mit einer Optionsklausel 2012. Die Sozialverträglichkeit war gesichert. Und - der Kollege Weisbrich hat gestern sogar darauf hingewiesen - es gab ein Kompromissangebot des Bundes mit folgenden Bestandteilen:

Erstens. NRW sollte bei den Absatzbeihilfen ab 2016 nicht mehr zahlen müssen. - Das lag am 31. Januar auf dem Tisch.

(Zurufe von CDU und FDP: Falsch! - Christian

Weisbrich [CDU]: Das habe ich nie gesagt!)

Zweitens: Der Bund hatte sich zu diesem Zeitpunkt bereits bereit erklärt, das Haftungsrisiko bei den Alt- und Ewigkeitslasten zu einem Drittel durch Rückbürgschaft des Bundes zu decken. - Auch diese Angebote

---

lagen am 29. Januar auf dem Tisch, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Heute ist klar: 2018 und 2012 bleiben. Der Sockel bleibt möglich, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD - Zurufe von der CDU)

Neu ist: NRW kann aus den Absatzbeihilfen bereits 2015 statt 2016 heraus. Das ist gut. Das erspart dem Land in diesem Jahr 170 Millionen €. Das ist Ihr Verhandlungserfolg, Herr Ministerpräsident. In der Tat!

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Und zwar nur!)

Neu ist aber auch: Im Gegensatz zu den Verabredungen im Koalitionsvertrag des Bundes wird der Bund jetzt gänzlich von Strukturhilfen freigestellt. Lediglich das Saarland erhält gemäß einer Fußnote 100 Millionen € Strukturbeihilfen von der RAG AG.

(Gisela Walsken [SPD]: Peinlich! - Weitere Zurufe von der SPD)

Herr Ministerpräsident, wir halten noch einmal fest: Ihre Forderung waren 500 Millionen € Strukturbeihilfen. Wir halten auch noch einmal fest: In den Eckpunkten vom 6. Februar gab es eine Textziffer 3, die schon nicht mehr streitig gestellt war. In der stand - ich zitiere -:

„Rechtzeitig vor der tatsächlichen Beendigung des subventionierten Steinkohlenbergbaus werden der Bund, das Land NRW und das Saarland eine strukturpolitische Abfederung in den jeweiligen

---

Bergbauregionen im Lichte der dort bis dahin eingetretenen regionalen strukturellen Wirtschaftsentwicklung“

- ich überspringe den Rest -

(Lachen von CDU und FDP)

- ich kann es auch vorlesen -

„mit dem Ziel der Schaffung neuer Arbeitsplätze in den Regionen des Steinkohlenbergbaus verabreden, soweit im Zuge des Auslaufbergbaus gegenüber den etatisierten Beträgen und für eine sozialverträgliche Abfederung des Steinkohlenbergbaus notwendige Beihilfen Kohlehilfen eingespart werden.“

Das heißt, die Strukturhilfen waren schon zugestanden. Sie haben in dieser letzten Verhandlungsrunde darauf verzichtet, Herr Ministerpräsident! Das gehört zur Wahrheit dazu.

(Lebhafter Beifall von der SPD - Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Tolles Verhandlungsergebnis!)

Nachdem ich diese Verhandlungsstände hier noch einmal wiedergegeben habe, komme ich jetzt zur Gesamtbewertung. Das Wichtigste ist: Jetzt endlich gibt es Sicherheit für die Betroffenen: für die Bergleute

(Zuruf von der CDU)

- in der Tat, dank unserer Hilfe -

(Lachen von der CDU)

---

für die Zulieferbetriebe, für die Mitarbeiter des RAG-Konzerns. Diese Sicherheit ist das Ergebnis des Einsatzes der SPD auf Bundes- und auf Landesebene, meine Damen und Herren!

(Anhaltender lebhafter Beifall von der SPD - Lachen von CDU und FDP - Ralf Witzel [FDP]: Karneval ist erst nächste Woche! - Zuruf von der CDU: Karneval war doch gestern Abend!)

Diese Sicherheit wird gewährleistet in einer neuen rechtlichen Qualität in einem Steinkohlegesetz, das eine klare Optionsklausel für 2012 enthält. Wichtig ist: Die Bewilligungsbescheide für 2009 bis 2012 werden jetzt endlich nach ihrer Blockade auf den Weg gebracht. Das ist gut für unser Land.

(Beifall von der SPD)

Zweitens. Der RAG Konzern kann endlich an die Börse gehen. Auch das ist gut für die Entwicklung unseres Landes.

Drittens. Das Land spart gegenüber dem letzten Verhandlungsstand 170 Millionen € in 2015. Die Berichte, die heute Morgen in der Zeitung zu lesen waren, sind falsch, denn auch nach 2015 wird das Land noch zahlen. 2015 ist nicht das Ende aller Subventionen. Zu zahlen bleiben weiterhin die laufenden Altlasten, Stilllegungskosten und Anpassungsgelder.

(Gisela Walsken [SPD]: Aha!)

---

Und, meine Damen und Herren: Das Land muss auch in den nächsten Jahren behilflich sein, damit das Unternehmen nicht in eine Unterfinanzierung gerät, denn die sogenannte Sprechklausel gilt fort - auch für das Land. Das ist ein Risiko, und das müssen wir in dieser Diskussion offen aussprechen.

Viertens. Erinnern wir uns doch noch einmal - man kann es ja im Koalitionsvertrag von CDU und FDP nachlesen -: Welches waren denn Ihre drei Ziele laut Koalitionsvertrag, bevor Sie sich hier als Gewinner feiern, Herr Papke?

(Minister Dr. Helmut Linssen: Die haben wir erreicht!)

Ich zitiere sie gerne noch einmal. Im Koalitionsvertrag steht erstens:

„Die Landesregierung strebt für die Legislaturperiode ein kumuliertes Einsparvolumen von 750 Millionen € für das Land an.“

Zweitens:

„Die Koalitionspartner sind sich deshalb einig, dass das Land Nordrhein-Westfalen weder in der Lage noch bereit dazu ist, die Altlasten aus dem Steinkohlebergbau zu tragen.“

Und drittens:

„Wir wollen die Bundesregierung dafür gewinnen, einen möglichst großen Teil der eingesparten Subventionszahlungen des Bundes für Zukunftsinvestitionen in den Bergbauregionen zur Verfügung zu stellen.“

Ich stelle fest, meine Damen und Herren: Alle drei Ziele sind nicht

erreicht worden.

(Beifall bei der SPD)

Da alle Einsparungen erst ab 2015 laufen werden, wird es in dieser Legislaturperiode keine Einsparungen geben. Ein Problem wird da in der mittelfristigen Finanzplanung des Landes entstehen, Herr Finanzminister; denn dort sind ja die 750 Millionen € vorgesehen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns nach vorne blicken und nicht zurückschauen.

(Zurufe von der CDU)

Herr Ministerpräsident, Sie haben davon gesprochen, dass Sie Antworten vorlegen. Ich habe die Antworten nicht gehört. Die Menschen in den Regionen, in denen in den nächsten Jahren die Zechen und Betriebe schließen werden, fragen: Was kommt anstelle der Kohle? Sie fragen konkret: Welche Perspektiven habe ich, haben meine Kinder? Und, Herr Ministerpräsident, wie stellen Sie die jetzt notwendigen Strukturveränderungen sicher? Wo ist Ihr Konzept und wie wird es finanziert? Diese Antworten sind Sie uns heute hier schuldig geblieben, Herr Ministerpräsident.

(Beifall von SPD und GRÜNEN - Rainer Schmeltzer

[SPD]: Wie immer!)

Nach den Ergebnissen der Verhandlungen werden Sie, werden wir es als Land allein schultern müssen. Das ist nicht mehr Aufgabe des Bundes. Und die Einsparungen werden erst ab 2015 verfügbar sein.



---

Unsere Fragen heißen daher ganz konkret: Welche Auswirkungen wird es im Haushalt Nordrhein-Westfalens geben, wenn ein Programm kommt, wie es angekündigt ist, Initiative Metropole Ruhr? Werden Mittel dafür aus dem Haushalt bereitgestellt? Wenn ja, wer muss dafür bluten? Woher wird das Geld kommen? Das sind die Fragen, die wir heute hier stellen müssen.

Und: Welche Auswirkungen, Frau Ministerin Thoben, sind denn bei der EU-Strukturförderung konkret geplant? Wir kennen doch Ihre Pläne! Bleibt es bei einer wettbewerblichen Vergabe? Bleibt es dabei, dass Sie nur noch 50 % der Mittel für diese Region reservieren wollen? Das ist die falsche Politik in diesem Land. Die Menschen in diesen Regionen wollen Antworten von Ihnen.

(Beifall von der SPD)

Und dann kommt der Ministerpräsident, von dem ich einen anderen Auftritt, nämlich einen staatsmännischen, erwartet hätte. I

(Zurufe von der CDU - Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart: Staatsmännischer geht doch nicht!)

Ich sage: Er kam heute mit viel Pathos daher und versucht, das strategische Chaos zu kaschieren, das er in den letzten Wochen hier angerichtet hat. Das ist die Realität, Herr Ministerpräsident.

(Lebhafter Beifall von der SPD)

Und: An einer Stelle haben Sie wirklich überzogen. Wenn Sie nach einer solchen Entscheidung und nach dem, was in den letzten Wochen und Monaten hier passiert ist, in dieser Sitzung den Bergleuten für ihren

---

Einsatz danken, dann sage ich: Die empfinden das als heuchlerisch, Herr Ministerpräsident.

(Lebhafter Beifall von der SPD)

Sie kündigen ohne viel Konkretes eine Initiative „Metropole Ruhr“ an. Das klingt gut und ist ein guter Begriff. Aber das kennen wir ja: Überschriftenpolitik, Symbolpolitik!

Sie sagen erstens, die Region solle sich besser präsentieren, man solle sich dort besser verstehen. Deshalb gäben Sie die Zuständigkeit für die Planung in die Region zurück. Herr Ministerpräsident, das Beispiel, das Sie anschließend geschildert haben, ist der Stand dessen, was wir beim RVR nach vorne gebracht haben. Und es war der richtige Weg, diese Region auf der Basis freiwilliger Kompetenz und der Entwicklung gemeinsamer Projekte sich selbst nach vorne bringen zu lassen. Das wäre auch der richtige Weg, was die Planung der Region Ruhrgebiet angeht.

(Beifall von der SPD)

Zweitens sagen Sie: Es muss jetzt nach vorne gehen, ein neues Kapitel muss aufgeschlagen werden. Wir brauchen Innovationen, und wir brauchen Gründer, die wir unterstützen müssen. - Da stimme ich Ihnen zu. Sie reden sogar von der Strukturförderung der EU - bei den 4 Milliarden € tun Sie immer gerne so, als wäre es Ihr Geld -; dem stimme ich auch noch zu.

Wenn Sie dann aber kritisieren, dass dieses Kapitel Strukturförderung jetzt anders sein wird als in der Vergangenheit, und davon sprechen, dass wir ja immer mit der Gießkanne herumgegangen wären, dann seien

---

Sie doch bitte so ehrlich und zählen Sie nicht in den folgenden Sätzen alle Erfolge dieser Politik auf! Machen Sie sich nicht zu demjenigen, der diese Projekte erfunden hat!

(Beifall von der SPD)

Am Ende behaupten Sie noch, Sie hätten auch die Erde erschaffen. Darauf warten wir jetzt noch, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit und anhaltender Beifall von der SPD -  
Zurufe von der CDU)

Ich möchte es an einigen Punkten deutlich machen: Die Energiewirtschaft, die im Ruhrgebiet so breit vertreten ist, haben wir ins Ruhrgebiet gebracht, die haben wir entwickelt.

(Beifall von der SPD)

Wir haben uns um die erneuerbaren Energien gekümmert. Es war ein Projekt von Rot-Grün, dass Gelsenkirchen Solarstandort ist. Auf Ihrer Seite gab es damals wahrlich nicht nur Begeisterung, meine Herren von der Opposition.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Es war ja so, als hätten Sie den Ruhrgebietsführer 1990 bis 2005 vorgelesen. Sie sprachen von der Gesundheitswirtschaft. Vielleicht haben Sie es damals ja in der Opposition nicht so mitbekommen: Die Kollegin Fischer hat gemeinsam mit dem Wirtschafts- und Arbeitsminister und der Wissenschaftsministerin einen Masterplan Gesundheitswirtschaft nach vorne gebracht. Sie setzen ihn nun Gott sei

Dank weiter um. Darauf hoffen wir auch. Das ist nämlich der richtige Weg für diese Region.

(Beifall von der SPD)

Aber lassen Sie uns unsere Erfolge und versuchen Sie nicht, sich obendrauf zu setzen!

Sie haben Hamm, den Rhein-Ruhr-Express, die Logistik erwähnt. Alles das ist nicht aus sich heraus entstanden. Für all das haben wir die Strukturmittel im Ruhrgebiet sinnvoll eingesetzt.

(Zurufe von CDU und FDP)

Es wäre gut, wenn Sie mir eines einmal erklären könnten: Die einen von Ihnen - zum Teil sind es sogar die gleichen Personen - sagen, wir wären im Ruhrgebiet immer mit der Gießkanne herumgegangen. Die anderen sprechen immer davon, wir hätten nur Leuchttürme geschaffen. Sie müssen sich irgendwann einmal entscheiden. Beides kann es ja wohl nicht gewesen sein.

(Beifall von der SPD)

Der Gipfel ist jetzt, dass Sie die Kultur- und Kreativwirtschaft auch noch bei sich verbuchen. Nur eines dazu: Es ist gut, dass Sie das Projekt „Jedem Kind ein Instrument“ machen. Lassen Sie aber die Kirche im Dorf! Das Land gibt 10 Millionen €. Die Eltern müssen ebenfalls bezahlen, worin wir große Probleme sehen, insbesondere wenn der Strukturwandlungsprozess nicht weiter unterstützt wird.

Als Basis für die Kulturwirtschaft in dieser Region können und müssen

---

wir jedoch das ansehen, was mit Projekten wie der RuhrTriennale auf den Weg gebracht worden ist. Das hat unseren Ruf in der Welt als Kulturregion Ruhrgebiet gestärkt, und zwar basierend auf der Leistung der Kulturschaffenden vor Ort - das ist unser Kulturbegriff -, der vielen kleinen Theater, der Initiativen vor Ort. Die haben die Kulturhauptstadt Europa ins Ruhrgebiet geholt, und dort sollten wir den Erfolg auch belassen, Herr Ministerpräsident.

(Beifall von der SPD)

Es bleibt also bei den Fragen, die ich eben geschildert habe.

Herr Minister Pinkwart, ich kann festhalten: Ihr Innovationsfonds hat nach wie vor kein Geld. Damit müssen Sie klarkommen.

(Zuruf von Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart)

- Nein, woher haben Sie das Geld denn? Aus den Privatisierungserlösen, die jetzt auf das Jahr 2008 geschoben sind? Deshalb haben Sie doch in der letzten Woche den Kohlewirbel veranstaltet. Deshalb hat doch der Schwanz mit dem Hund gewackelt, damit Sie für Ihren Innovationsfonds Geld ins Portemonnaie bekommen. Das haben wir doch der gestrigen Debatte nun wirklich entnehmen können, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Aber ich bin bei Ihnen, dass wir für Innovationen Geld brauchen. Es ist jetzt Ihre Aufgabe, sicherzustellen, dass sich das in den nächsten Haushalten auch niederschlägt. Das wird Ihre Verhandlungsposition sein müssen. Darin werden wir Sie auch gerne unterstützen.

---

(Zurufe von der FDP: Oh!)

Denn wir brauchen auch im Ruhrgebiet Geld für Innovationen. Aber es bleibt dabei: Nur mit Forschung und Entwicklung werden wir den Strukturwandlungsprozess in der Region nicht in den Griff bekommen können. Wir brauchen Geld speziell für die Regionen, aus denen sich der Bergbau sukzessive zurückziehen wird. Diese Regionen stellen zu Recht die Forderung nach einer Neuauflage des Programms „Förderung für die Kohlerückzugsgebiete“. Diese Forderung unterstützen wir.

(Beifall von der SPD)

Ich fasse zusammen: Wir begrüßen, dass es eine Einigung gibt. Es ist wichtig und richtig, dass es endlich Sicherheit gibt. Wer die 10.000 Bergleute vor dem Landtag erlebt hat - Sie waren ja leider nicht da; Sie haben sich nicht gestellt -,

(Minister Armin Laschet: Die haben gepfiffen!)

der hat festgestellt, wie betroffen und verunsichert diese Menschen waren. Sie haben mit diesen Menschen aus parteitaktischem Kalkül gespielt!

(Beifall von der SPD - Zurufe von CDU und FDP)

Das, was Sie herausgeholt haben, haben Sie teuer erkaufte, Herr Ministerpräsident! Das ist unsere Gesamtbewertung, und dabei bleibt es. - Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall von der SPD)

---

**Präsidentin Regina van Dinter:** Es spricht nun Herr Stahl von der CDU-Fraktion.

**Helmut Stahl** (CDU): Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen, verehrte Kollegen! Gestern war ein großer Tag für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von CDU und FDP - Zurufe von der SPD)

Es war ein Tag, der in die Geschichtsbücher, in die Schulbücher eingehen wird als ein Tag, an dem die Politik nachvollzogen hat, was in der Realität schon längst geschehen ist: Nordrhein-Westfalens Zukunft ist Innovation. Nordrhein-Westfalens Zukunft ist nicht der subventionierte Steinkohlenbergbau.

(Beifall von CDU und FDP)